

Wie kann man wieder Wahlen gewinnen? Darüber gehen die Meinungen in der bayerischen SPD auseinander

# „Mehr zuhören, was die Leute wollen“

Der März war für die SPD kein guter Monat: In Rheinland-Pfalz hat die Partei einmal mehr einen Ministerpräsidentenposten verloren und in Baden-Württemberg verhinderten allein die Rentner, dass die SPD an der Fünfprozenthürde scheitert.

Auch die bayerische Kommunalwahl war auf den ersten Blick eine Niederlage: Der Stimmenanteil der SPD in den Landkreisen und kreisfreien Städten sank um 1,4 Prozentpunkte auf 12,3 Prozent – sogar das Münchner Rathaus ging nach beinahe acht Jahrzehnten fast durchgehend sozialdemokratischer Herrschaft verloren.

Doch trotz aller Hiobsbotschaften – die SPD ist nach wie vor eine relevante Kraft im Freistaat. In sieben von 17 kreisfreien Städten, in denen gewählt wurde, lag am Ende ein Sozialdemokrat vorn – das sind stolze 41 Prozent. In den 82 kreisangehörigen Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern siegten in 17 Fällen Sozis – das ist mehr als jeder fünfte. Für Freude bei vielen Genossinnen und Genossen sorgten etwa die Siege in Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Regensburg oder Rosenheim – in letzterer gelang es einem kurdischen Anwalt, die sechseinhalb Jahrzehnte währende CSU-Herrschaft zu beenden. Manche SPDler wollten deshalb auch keine Niederlage sehen.



Klar ist allerdings: Viele Siege von SPD-Kandidaten sind vor allem deren Popularität und lokaler Verwurzelung geschuldet. Denn die Partei ist

mit ihren zuletzt noch immer knapp 49 000 Mitgliedern im Freistaat nach wie vor stark in den lokalen Strukturen verankert. „Wer in Bayern zur SPD

geht, rechnet sich keine politische Karriere aus – der will etwas für die Gesellschaft bewegen“, sagt Daniel Liebethuth. Der in seinem Heimatort be-

liebte Lehrer hat gerade die 42 500-Einwohner-Stadt Germering bei München für die SPD erobert. Der OB betont, dass sich viele Genossen ehrenamtlich engagierten; etwa in Verbänden, Sportvereinen oder Kirchen. „Politik lebt vom direkten Kontakt mit den Menschen“, sagt der 37-Jährige. Als örtlicher AWO-Vorsitzender wisse er etwa genau, wie wichtig Eltern eine ausreichende Kita-Versorgung vor Ort sei.

Auch der neue Regensburger OB Thomas Burger hält es für zentral, dass die SPD bei der Auswahl ihrer Kandidaten und Funktionäre wieder mehr auf jene setzt, die vor Ort verankert sind. Ein Teil der Partei habe sich zuletzt „in einer Blase bewegt und den Kontakt zur normalen Bevölkerung verloren“. Debatten seien an den Nöten der Leute vorbeigeführt worden. Man müsse mehr „zuhören, was die Leute wollen“.

Burger brennt für das Ehrenamt, engagiert sich unter anderem in der Freiwilligen Feuerwehr und einem Sportverein. Der Regensburger hält die inhaltlichen Positionen der SPD für noch immer zeitgemäß. „Soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Stärke unter einen Hut zu bringen, ist unsere Stärke.“ Man müsse den Leuten schlicht mehr erklären, wofür man stehe. Auch Liebethuth fordert, dass die SPD zwar in der Bundesregierung stets kompromissbe-

reit sein müsse, sich aber bei ihren Kernthemen treu bleibt. „Die Forderung einer Bürgerversicherung etwa kommt ja bei den Leuten an.“ Burger und Liebethuth halten es für wichtig, dass sich die SPD sozialpolitisch treu bleibt.

Fürths OB Thomas Jung wünscht sich dagegen einen Schwenk in diesem Bereich. Die Einführung des Bürgergelds sei ein Fehler gewesen. „Es hat den normalen Arbeiter nie gestört, dass jemand einmal eine Sanktion bekommen hat, wenn er nicht beim Arbeitsamt erschienen ist“, sagt der im März mit 72 Prozent wiedergewählte SPD-Mann. Er spricht sich für eine längere Lebensarbeitszeit aus: „Wenn ich älter werde, dann muss ich länger arbeiten.“

Der 65-Jährige glaubt, die Menschen fühlten sich durch die SPD in den zentralen Fragen, nämlich gute Arbeitsplätze und bezahlbares Wohnen, nicht mehr ausreichend vertreten. Die SPD habe stattdessen „immer mehr auf Minderheiten und auf Gender-Themen gesetzt“, analysiert Jung. Bei der Migration gebe die Partei ebenfalls nicht zu erkennen, „dass sie sich kümmert“, findet er. Hier sei mehr Gerechtigkeit gefragt. „Sie selbst sollen ihren Strafzettel zahlen, aber eine Abschiebung wird nicht vollzogen.“ Das würden viele Bürger nicht verstehen.

> TOBIAS LILL

## MEINUNGSFORUM

### Der Freistaat spart bei den Beamten

3. April 2026

**Genau überlegen, ob man noch Beamter werden will** Das Einzige, was uns aktuell bleibt, ist, die Arbeit an die bestehenden Umstände anzupassen. Ich bin es leid, die ständige Mehrarbeit aufgrund unbesetzter Stellen einfach hinzunehmen. Diese Dauerbelastung kann und darf kein Normalzustand sein. Ich rate mittlerweile jedem, sich gut zu überlegen, ob der Weg in das Beamtenverhältnis heute noch die richtige Entscheidung ist. Die Rahmenbedingungen haben sich in vielen Bereichen deutlich verschlechtert. Gerade im Außendienst zeigt sich das besonders deutlich: Viele Kolleginnen und Kollegen sind gezwungen, ihre privaten Fahr-

zeuge zu nutzen. Die dafür gezahlte Kilometerpauschale ist seit Jahren unverändert, obwohl die Kosten – insbesondere für Kraftstoff – erheblich gestiegen sind. Wer etwa monatlich rund 1000 Kilometer dienstlich fährt, trägt faktisch einen Teil der Kosten selbst und erleidet damit eine spürbare Einbuße seiner Besoldung. Gleichzeitig entsteht der Eindruck einer deutlichen Ungleichbehandlung. Während an der Basis gespart wird, verfügen andere Positionen, etwa auf Leitungsebene, über hochpreisige Dienstfahrzeuge, die teilweise auch privat genutzt werden können – inklusive entsprechender Zusatzleistungen. Florian H. auf Facebook

#### Untere Besoldungsstufen besonders betroffen

Die Auswirkungen der Maßnahmen auf die Beamten der ersten und zweiten Qualifika-

tionsebene sind nicht akzeptabel. Deren Bezüge sind unterhalb der Alimentationsgrenze, wenn ihr Dienstort München ist. Wohlweislich verzichten die betroffenen Dienstherrn auf die Residenzpflicht. Die zuständigen Führungskräfte am Finanzministerium und bei der Landeshauptstadt München sind in der B-Besoldung. Stefan S. bei Facebook

#### Satte Pensionen: Beamte beschwerten sich zu Unrecht

Bei den Pensionen beschwerten sich die Beamten auch nicht. Ein normaler Angestellter erhält auch nicht jedes Jahr ein nettes Plus. Er muss aber davon den öffentlichen Dienst finanzieren. Christian K. auf Facebook

Die Redaktion behält sich Änderungen und Kürzungen der Zeilen vor.

## Eine Verlegerin beklagt gemeinsam mit Journalisten das System Orbán

# So geht Medienkontrolle

Eigentlich will Andrea von Finckenstein ungarische Literatur verlegen. Dazu hat die gebürtige Ungarin in Kempten 2025 einen kleinen Buchverlag gegründet. Sie hat ihn Wahrheitsperlen genannt. Eigentlich will sie weg davon, dass Ungarn auf Viktor Orbán reduziert werde, betont sie. Aber nun hat sie dieses Buch verlegt: *Nach der Eroberung – wie Autokraten Medien kontrollieren*, erschienen im März, rechtzeitig vor der Wahl in Ungarn diesen Sonntag. Es geht darin um Viktor Orbán und wie er sich seit 2010 mit der Kontrolle der Medien und einer Manipulation des Wahlsystems die Macht in Ungarn sichert.

Die Wahl gilt als die wichtigste in Europa in diesem Jahr, weil Orbán die EU seit Jahren spaltet und dazu mit dem russischen wie dem amerikanischen Präsidenten kooperiert. Auch die Führung der AfD jubelte Orbáns Kurs.

Das Buch war Finckensteins Idee, um Machtmechanismen und Strukturen sichtbar zu machen. Das mag damit zu tun haben, dass Andrea von Finckenstein den ungarischen Medienmarkt zu einer Zeit des Aufbruchs erlebte, als sie ab den 90ern dort für den Springer Verlag und später für Bertelsmann tätig war.

Sie habe Ákos Tóth bewegt, seine Erfahrungen mit Orbáns Medienübernahme zu schildern. Tóth, ehemaliger stellvertretender Chefredakteur der Zeitung *Népszabadság* (wörtlich „Volksfreiheit“) erlebte mit, wie Orbán nach seinem Sieg 2010 mit einer Zweidrit-

telmehrheit Mediengesetze änderte und ein System der Medienkontrolle aufbaute. Davor hatte er zweimal Wahlen verloren, wofür er kritische Medien verantwortlich machte.

Der unabhängige ungarische Medienwissenschaftler Gabor Polyak nennt Orbáns Vorgehensweise eine Medienübernahme. Anders als Putin lässt Orbán keine Journalisten gerichtlich bekämpfen oder sie gewaltsam aus dem Weg räumen. Sein System funktioniert subtiler: Ausländische Medien-Unternehmen wie Bertelsmann, Springer oder Ringier wurden weitgehend aus dem Markt gedrängt mit rechtlichen Vorgaben, öffentlich-rechtlicher Rundfunk und Medienaufsicht wurden mit loyalen Führungsleuten und Journalisten besetzt, Zeitungen von Strohmännern übernommen und auf Linie gebracht. Staatliche Werbegelder erhalten jene, die positiv über Orbán berichten. Ein „engmaschiges Netzwerk aus staatlichen Behörden, wirtschaftlichen Akteuren und regierungsnahen Organisationen“ habe Abhängigkeiten geschaffen, die weit über übliche Regierungsstrukturen hinausreichten. „Wirtschaftlich angeschlagene Medien landeten bei Investoren aus dem Umfeld der Regierungspartei, und zentrale Marktakteure wurden durch gezielte Anzeigenströme gesteuert.“ So habe Orbán Medienfreiheit begrenzt.

Ákos Tóth erlebte, wie seine einstige Zeitung nach dem Verkauf an Mediaworks 2016 über Nacht dichtgemacht wurde, weil sie angeblich über Jahre nur Verluste machte. Dabei wies die Bilanz einen Gewinn aus. Die Journalistin Petra Thorbrietz, früher für den *ORF* tätig, bestätigte das: *Népszabadság* sei eingestellt worden, obwohl sie wirtschaftlich erfolgreich war. Mehr als 400 Publikationen und Medien landeten in einer Stiftung, die Orbáns Leute kontrollierten. Thorbrietz beschrieb Orbáns Machtübernahme 2025 im Buch *Wir werden Europa erobern!*, das auch in Ungarn erschien. Im Gespräch mit der *BSZ* beklagt sie Versäumnisse der EU, die es unterlassen habe, entscheidende Schritte gegen den Abbau der Medienfreiheit zu unternehmen.

Nach 2010 sei Orbáns Mediengesetz zwar heftig kritisiert worden in Deutschland und auch auf EU-Ebene. Aber CDU/CSU seien diesem Konflikt aus dem Weg gegangen. Dabei hätten vermutlich auch die Interessen der Autoindustrie eine Rolle gespielt. Konrad Bleyer-Simon forscht zum ungarischen Mediensystem am EU-finanzierten European University Institute in Florenz und hat Anfang 2026 ein Grundsatzpapier veröffentlicht über die „Rettung der europäischen Medien aus dem illiberalen Griff“. Er sagt, bei „staatlicher Werbung“, also Informationskampagnen der Regierung, hätte die EU einschreiten können.

Offen bleibt selbst im Fall einer Niederlage Orbáns, ob sich sein System so leicht wieder abschaffen lässt.

> THOMAS SCHULER

Wer sie liest, profitiert.  
Bayerische-Staatszeitung.de

Das Beste aus Bayern auf Ihrem Tablet, Smartphone oder Desktop

Lesen Sie jede Woche was Bayern bewegt: Politik, Landtag, Wirtschaft, Kommunales, Kultur und Ausschreibungsbekanntmachungen aus Bayern.

Infos unter: [bsz.de/epaper](https://bsz.de/epaper)

BSZ Bayerische Staatszeitung und Bayerischer Staatsanzeiger